



Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen GmbH

Inhaltsverzeichnis

Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH	3
28.10.2024 DER RÜGENBOTE: Dänen zu Besuch	4
29.10.2024 Elbe-Jeetzel-Zeitung: Angst vor drehendem Atomwind	5
29.10.2024 Ostsee-Zeitung.de: Warum Deutschland so lange braucht, einen Standort für ein Atommüll-Endlager zu finden	7

Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 DER RÜGENBOTE

Dänen zu Besuch

28. Oktober 2024 10:40

[Originalartikel](#) (Online Website)

Schwerin – Eine hochrangige Delegation von Vertretern der dänischen Insel Bornholm besucht seit gestern ... Am heutigen Montag werden die Gäste Lubmin besuchen, um sich auf dem Gelände der **EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH** und beim Unternehmen Gascade über die dortigen Energieprojekte und die Bedeutung des Standortes für ...

Autor/-in: VON JENS HEYMANN
Seite: 3 bis 3
Rubrik: LOKALES

Jahrgang: 2024
Nummer: Ausgabe 253, 2024
Auflage: 9.382 (gedruckt)¹ 10.193 (verkauft)¹
 10.415 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,014 (in Mio.)²

Mediengattung: Tageszeitung

¹ IVW 2/2024

² AGMA ma 2024 Tageszeitungen

Angst vor drehendem Atomwind

In Gorleben verzögert sich das Verfüllen des Bergwerks seit Monaten – Behörde will nun im November die Zulassung erteilen

Gorleben. Die Bergbaustadt Freiberg in Sachsen hat auf den ersten Blick nichts mit dem Wendland gemein. Bei einem AfD-Bürgerdialog auf dem Obermarkt Anfang Juli sprach sich die Bundestagsabgeordnete Carolin Bachmann, bevor die Parteichefs Alice Weidel und Tino Chrupalla die Bühne betraten, gegen Wind- und für die Rückkehr zur Atomkraft aus. Im bayerischen Landshut, von Lüchow-Dannenberg geografisch noch weiter entfernt, machte dessen Landrat Peter Dreier (Freie Wähler) überregional auf sich aufmerksam, indem er forderte, den gesamten hoch radioaktiven Atommüll nach Gorleben zu bringen, solange es noch kein Endlager gibt (EJZ berichtete). In Hannover, im Umweltministerium, nicht mehr ganz so weit vom Osten Niedersachsens entfernt, ist dessen Chef, Minister Christian Meyer (Grüne), schon in Abwehrhaltung gegangen und drängt auf Fortschritte beim Rückbau in Gorleben noch vor der Bundestagswahl im kommenden Jahr. Und bei der Bürgerinitiative (BI) Umweltschutz Lüchow-Dannenberg direkt vor Ort ist das Misstrauen gegenüber staatlichen Versprechungen zuletzt wieder stark gewachsen.

Warten auf letzte Genehmigungen

Auch wenn Sachsen und Bayern weit entfernt liegen, lässt sich leicht zusammenreimen: Solange das Salz nicht zurück in der Erde ist, bleibt die Zukunft des Standortes offen. Dabei soll das eigentlich nicht mehr der Fall sein. Denn ab Sommer dieses Jahres sollte das vor langer Zeit aus der Erde herausgeholt Salz wieder in das einstmals angedachte Endlagerbergwerk zurückgebracht werden, so der ursprünglich durch die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) kommunizierte Zeitplan. In den kommenden Jahren sollen auch

die Schächte folgen und die oberirdischen Bauwerke verschwinden. Politiker der Samtgemeinde Gartow hatten sich ihrerseits mit Ideen für eine Nachnutzung beschäftigt, mit Geothermie, Wasserstoffspeicherung sowie Wind- und Solarparks.

Bislang aber kommt der Rückbau nicht so recht voran. Zieht man die Auskünfte der involvierten Behörden heran, liegt es an bürokratischen Hindernissen, an noch immer zu genehmigenden Betriebsplänen. Das wiederholt die BGE auch bei einer erneuten Anfrage durch die EJZ. „Leider liegen immer noch nicht alle Genehmigungen vor. Daher konnte mit der eigentlichen Verfüllung auch noch nicht begonnen werden“, teilt ein Sprecher mit. Der Sachstand ist offensichtlich derselbe wie vor Wochen schon: Die BGE sei in engem Kontakt mit dem niedersächsischen Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG), um die letzten Genehmigungsfragen zu klären.

So viel tut sich gemäß Bundesgesellschaft aber doch: Die beauftragte Firma habe das Equipment für den Rückbau vor Ort gebracht, und die betroffenen Bergwerksteile würden derzeit zur Vorbereitung der Verfüllung geräumt. Sobald die Genehmigungen vorliegen, könnten die Arbeiten „direkt losgehen“, heißt es weiter. Wann genau – das wisse man bei der BGE aber noch nicht. Das Bundesumweltministerium ließ auf Nachfrage dazu durch einen Sprecher ausrichten: „Die Bundesregierung hofft, dass die nötigen Genehmigungen durch die zuständigen niedersächsischen Behörden zügig erteilt werden können und die Verfüllung des Bergwerks Anfang 2025 beginnen kann.“

Neuer Hauptbetriebsplan bis Mitte 2026

Doch was sagt die niedersächsische Genehmigungsbehörde, das LBEG, zum Stand der Dinge? „Derzeit gehen wir davon aus, dass die Zulassung des neuen Hauptbetriebsplans im November erfolgt“, erklärt ein Sprecher auf Nachfrage. Die von der BGE im Frühjahr eingereichten Unterlagen hätten von ihr noch ergänzt und überarbeitet werden müssen, heißt es weiter. Vor zwei Wochen habe die BGE die finalen Unterlagen geliefert, die sich nun beim LBEG im Zulassungsverfahren befänden.

Sogenannte Hauptbetriebspläne müssen Unternehmer nach Bundesberggesetz zum Errichten und Führen eines Betriebes aufstellen, informiert das Landesamt. Soll der Betrieb eingestellt werden, sei auch ein Abschlussbetriebsplan vorgeschrieben, der technische Details und Zeitpläne regelt. Das LBEG genehmige diese Pläne durch eine Zulassung. Für das Bergwerk Gorleben gelte der aktuell zugelassene Hauptbetriebsplan noch bis Ende des Jahres. Das Nachfolgepapier soll bis 31. August 2026 laufen.

Das eigentliche Wiedereinbringen des Salzes habe das LBEG nach eigener Angabe im Rahmen eines von der BGE eingereichten Sonderbetriebsplans („Verfüllung des Grubengebäudes des Bergwerkes Gorleben“) bereits genehmigt. Das müsse jedoch Bestandteil eines Hauptbetriebsplans sein. „Das ist allerdings beim derzeit noch gültigen Hauptbetriebsplan nicht der Fall. Insofern hängt die Verfüllung des Bergwerkes von der Zulassung des neuen Hauptbetriebsplans ab“, erläutert der LBEG-Sprecher. In der Konsequenz heißt dies aber auch: „Wenn der neue Hauptbetriebsplan im November zugelassen wird, liegt auch die erforderliche rechtliche Voraussetzung beziehungsweise Genehmigung für die Verfüllung vor.“

Die BI warnt unterdessen vor einem

„fatalen Rückbaustopp“ und beruft sich auf eigene Quellen, die besagen, dass die beauftragten Unternehmen ihre Mitarbeiter erst einmal nach Hause geschickt hätten. Auch teilt die Initiative die Befürchtung, dass der Rückbau bis zur Bundestagswahl 2025 verzögert werden könnte, um „Gorleben als Option offen zu halten“ – sollte sich der politische Wille in Berlin doch noch ein-

mal Richtung Atomkraft drehen. Schon Landesumweltminister Meyer hatte „ein wichtiges Zeichen für die Unumkehrbarkeit“, also das Ausscheiden Gorlebens als eventueller Endlagerstandort, deutlich bei seinem Besuch Anfang des Monats vor Ort betont. Die wendländischen Anti-Atom-Protestler führen auch immer wieder eine andere Vermutung über den stockenden

Verfüllungsprozess öffentlich ins Feld: dass das Bundesumweltministerium das Geld für den Rückbau im Haushalt vergessen haben könnte. Das wird dort verneint. „Die nötigen finanziellen Mittel für die Schließung und Verfüllung des Bergwerks stehen der BGE zur Verfügung“, heißt es von dort.

Abbildung:

Das Genehmigungsprozedere, um das einst als Atommüllendlager angedachte Bergwerk bei Gorleben wieder zu verfüllen, zieht sich seit Monaten hin. Das niedersächsische Bergbau-Landesamt prüft derzeit die finalen Unterlagen.

Fotograf/-in:

Foto: J. Heymann

Wörter:

849

Autor/-in: Thorsten Fuchs

Visits (VpD): 3,55 (in Mio.)¹

Mediengattung: Online News

Weblink: <https://www.ostsee-zeitung.de/politik/wohin-mit-dem-atommuell-warum-deutschland-so-lange-braucht-einen-endlagerstandort-zu-finden-ABDMHXCFRCGDJNGVXEU7ARMSQ.html>¹ von PMG gewichtet 08-2024

2074 – ernsthaft?

Warum Deutschland so lange braucht, einen Standort für ein Atommüll-Endlager zu finden

Peine

Die Suche nach einem Atommüll-Endlager könnte noch viele Jahrzehnte dauern. Warum ist das so? Ein Besuch bei denen, die Deutschlands größtes Müllproblem lösen sollen.

Der Schreiber hat sich Mühe gegeben, so viel ist sicher. Akribisch führt er auf, was er in der Tiefe fand. Bei 614 Metern und 60 Zentimetern zum Beispiel: „Feinsandstein, schluffig bis stark schluffig, kalkfrei, mürbe“. Etwas weiter, bei 632,10 Metern, wird es fast schon lyrisch, „lagenweise stark grobglimmerhaltig“ sei der Stein da, „mit zahlreichen kleinen kohligen Partikeln“. Er hat all das festgehalten mit einer mechanischen Schreibmaschine, bei der das kleine A immer ein wenig zu nah an den Buchstaben heranrückt, als wolle es sich anlehnen. Eine Eigenart, ein Fehler. Aber der Schreiber konnte ja auch nicht ahnen, warum 60 Jahre später jemand seinen Bericht wieder zur Hand nehmen würde. Dass er helfen sollte, einen Standort für ein Atommüll-Endlager zu finden.

Jedenfalls sitzt der Geologe Sönke Reiche heute in seinem Büro im niedersächsischen Peine und zeigt diesen Bericht. Als Beispiel dafür, was seine Arbeit und die seiner Kolleginnen und Kollegen einerseits erst ermöglicht – und sie andererseits sehr, sehr aufwendig macht. 437.000 solcher Blätter haben sie in den vergangenen Jahren gescannt, durchgesehen, gelesen. Nebeneinandergelegt ergäben sie eine Strecke von Berlin nach Rostock, 233 Kilometer lang. Manche sind mehr als 100 Jahre alt. Die meisten wurden geschrieben, weil Menschen nach Öl oder Gas suchten. Jetzt müssen Reiche und sein Team sie lesen, in Diagramme übersetzen und schließlich ein dreidimensionales Modell des deutschen Untergrunds daraus formen. Alles, um einen ersten Hinweis darauf zu bekommen, wohin Deutschland mit seinem Atommüll soll.

„Die Datengrundlage zu schaffen, um

überhaupt erst einmal ein einigermaßen realistisches Modell des deutschen Untergrunds zu entwickeln“, sagt Reiche, „ist ein gigantischer Aufwand.“ Und den, fügt er hinzu, „hat der Gesetzgeber unterschätzt.“

So handelt dieser Bericht davon, was ein Bohrteam in den Sechzigerjahren irgendwo in Ostdeutschland tief im Boden fand. Und zugleich davon, warum schon der Anfang der Suche nach einem Standort für ein Atommüll-Endlager so mühsam ist. Und so lange dauert.

Die Schlinge zieht sich zu – ein Stück weit

In wenigen Tagen, am 4. November, werden viele in Deutschland eine unangenehme Überraschung erleben. Sie werden daran erinnert, dass hierzulande noch etwas unerledigt ist – und dass dies sie, ihre Region, betreffen könnte. An diesem Tag wird die Bundesgesellschaft für Endlagerung mit Sitz in Peine, einer 50.000-Einwohner-Stadt zwischen Hannover und Braunschweig, einen Zwischenstand veröffentlichen. In einem ersten Schritt hatte die Gesellschaft vor vier Jahren 90 sogenannte Teilgebiete ausgewiesen, in denen ein Endlager prinzipiell möglich erscheint, 54 Prozent der Fläche Deutschlands. Jetzt, am 4. November, wollen die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler diese Fläche weiter eingrenzen. Wie sehr, das verraten sie noch nicht. Klar ist nur, dass einige Regionen aufatmen werden. Andere dagegen werden aufmerken.

Dort, in den betroffenen Regionen, werden die Menschen den bisherigen Zeitplan als Beruhigung empfinden. Im Jahr

2074, so prophezeite das Freiburger Öko-Institut im August, werde die Suche nach einem Standort abgeschlossen sein. „Bei einem idealen Projektlauf“, schränkte das Institut noch ein. Da sorgte das Thema Atommüll seit Langem mal wieder für einen Schockmoment in Deutschland. 2074? Euer Ernst?, fragten da viele. Und: Was bitte dauert denn da so lange?

Die BGE sitzt in einem Bürobau am Rand von Peine, neben einem Wohngebiet, ganz am Ende der Straße.

2400 Beschäftigte hat die BGE, eine GmbH im Bundesbesitz. Zuständig sind sie für vieles, was zu den problematischen Hinterlassenschaften der Atomkraft in Deutschland zählt: Die Asse zum Beispiel, das Skandal-Bergwerk für schwach- und mittelradioaktiven Müll, in das Wasser eingesickert ist, das Endlager Konrad, Gorleben – und die Suche nach einem Endlager für den hochradioaktiven Müll aus den Atomkraftwerken. Zur Abteilung gehören 150 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Deutschlands drängendstes Müllproblem lösen sollen. Die Leiterin ist Lisa Seidel, Projektingenieurin, eine dynamisch wirkende 40-Jährige in Jeans und schwarzem Sakko. Viele hier erzählen vom Idealismus, der sie zur BGE brachte, auch sie. „Ich bin zur BGE gekommen, weil wir die Chance haben und hatten, ein sinnvolles, nötiges Projekt ganz neu zu starten, neue Denkweisen auszuprobieren, ohne viele Altlasten“, so sagt sie es.

Der undankbarste Job

Ohne diesen Idealismus geht es wohl auch nicht – denn Lisa Seidels Job dürfte zugleich zu den undankbarsten

gehören, die Deutschland zu vergeben hat. Den „bestmöglichen Standort“ soll sie finden, der den Atommüll für mindestens eine Million Jahre sicher einschließt. Aber natürlich ist auch Lisa Seidel klar, was passieren wird. Mit Jubel braucht sie nicht zu rechnen. „Kritisiert werden wir am Ende, wenn ein Endlagerstandort feststeht, sowieso“, sagt sie. „Die Frage ist nur: Werden wir fachlich kritisiert, weil wir nicht den bestmöglichen Standort gefunden haben? Oder werden wir kritisiert, einfach weil es ein Ergebnis gibt?“

Im Grunde besteht ihr Job also vor allem darin, am Ende wenigstens keine fachlichen Prügel zu beziehen. Das wäre schon viel.

Auch ein Zeitplan steht schon im Gesetz. Nur dass der von heute aus fast naiv anmutet. Im Jahr 2031 sollte der Standort feststehen. Dass dies unrealistisch war, steht schon länger fest. Frühestens 2046, erklärte die BGE. Woran das liegt, kann man in dem Bürobau am Rand von Peine gut erkennen.

Dort sitzt Sönke Reiche und zeigt auf seinem Bildschirm einen zerlaufenen Fleck auf einer Deutschland-Karte, gespickt mit schwarzen Punkten. Reiche, 39 Jahre alt, ist mit seinem Team aus 50 Geologinnen und Geologen dafür zuständig, in der ersten Phase der Suche aus der immer noch riesigen Fläche jene Gebiete herauszufinden, die möglicherweise infrage kommen. Nur gehen sie dafür nicht raus, sondern schauen nach, was man über den deutschen Untergrund schon weiß. Der Fleck ist eines der Teilgebiete, gut zehnmal so groß wie Rügen. Jeder schwarze Punkt steht für eine Bohrung in mehr als 300 Meter Tiefe, die irgendwann irgendwer unternommen hat, mehrere Tausend sind es hier.

Nur dass das, was Firmen und Forschende dabei fanden, zumeist auf schreibmaschinenbeschriebenen Zetteln steht und in Landes-Bergbauämtern liegt, weit entfernt von jener digitalen Form, in der Reiche und sein Team sie benötigen, insgesamt 450 Regalmeter Ordner. Andere Länder hätten weit bes-

ser digital parat, wie es unter der Erde aussieht, sagt Reiche. Und dann ist jede einzelne Bohrung nur ein punktueller Blick ins Innere. Wie es zwischen den Bohrungen aussieht, wo die Schichten aus Ton, Salz oder Kristallingestein tatsächlich, wie gefordert, mehr als 100 Meter dick sind, das müssten sie hier erschließen und errechnen. „Was wir hier machen, ist sehr knifflig, weil sich diese Daten zu diesem Zweck noch nie jemand angeschaut hat“, sagt Nadine Schöner, die tatsächlich sehr fasziniert über verschiedenen Arten von Tongestein sprechen kann, das sie mit ihrer Gruppe analysiert. „Das ist schon regelrecht Detektivarbeit. Aber mit Mühe, Spaß und Leidenschaft kommen wir schon voran.“

Am 4. November also wollen Lisa Seidel und ihr Team erste Zwischenstände veröffentlichen. 2027 soll eine Liste mit konkreten Standorten feststehen, die näher untersucht werden – zunächst von über der Erde, und dann, an mindestens zwei Standorten, auch mit Erkundungsbergwerken, also unter Tage. Es ist ein gewaltiger Aufwand. Schlechtestenfalls, so hatte die BGE selbst schon prophezeit, könne das bis 2068 dauern.

Hat die Politik also die Hürden in diesem neuen Verfahren so hoch gesetzt, um die absehbaren Konflikte um einen neuen konkreten Standort möglichst hinauszuschieben? Und kann es den einen idealen Standort überhaupt geben, wo doch alle drei möglichen Gesteine, Ton, Salz und Kristallin, je eigene Vor- und Nachteile haben?

„Das Verfahren ist von Angst geprägt“

Lisa Seidel verteidigt das Verfahren, das Kriterium des „bestmöglichen“ Standorts: „Für mich ist es ein Geschenk, dass wir das im Gesetz haben. Weil es ein Mittel gegen die Willkür ist.“

Doch die lange Suche droht längst selbst zum Sicherheitsrisiko zu werden. Solange sie läuft, steht der Müll aus deutschen Atomkraftwerken, Hunderte Castor-Behälter, in 16 Zwischenlagern –

über der Erde, in schwer zu sichernden Hallen. Während Deutschland nach dem besten aller Standorte schaut, akzeptiert es mindestens für Jahrzehnte die unsichersten.

So wird die Kritik nun immer lauter. „Bei der Standortsuche ist die Politik gleichsam von einem Extrem ins andere gefallen“, sagt Klaus-Jürgen Röhlig, Professor für Endlagersysteme an der TU Clausthal, „von einem politisch bestimmten und vehärteten Kampf um einen Standort“, also Gorleben, „zu einem übermäßig komplexen und langwierigen Prozess.“ Das ganze Verfahren jetzt sei „von der Angst geprägt, möglicherweise etwas falsch zu machen“. Darin sei es sehr bürokratisch – „und sehr deutsch“. Dabei birgt für ihn gerade die Dauer große Risiken. So könnten Deutschland künftig schlicht die Fachkräfte ausgehen, die sich überhaupt noch mit dem Thema beschäftigen. „Die eigentliche Gefahr ist“, sagt Röhlig, „dass das ganze Projekt der Standortsuche über diesen langen Zeitraum irgendwann stehen bleibt und stirbt.“

Wie es schneller gehen könnte? Finnland und Schweden zum Beispiel haben längst Standorte gefunden – weil dort, anders als in Deutschland, ohnehin praktisch nur eine Gesteinsart infrage kam und Kommunen freiwillig bereit waren, das Endlager bei sich bauen zu lassen. In der schwedischen Gemeinde Östhammar stimmten 84 Prozent der Menschen einem Endlager zu – in der Hoffnung auf Arbeitsplätze, zusätzliche Einnahmen und Unterstützung für ihren Ort. In Deutschland müsse die BGE den Mut haben, die Suche bald auf die fünf aussichtsreichsten Gebiete zu konzentrieren, fordert Röhlig. Wie stark sie schon Anfang November die Gebiete einschränkt, verrät Lisa Seidel, die oberste Standortsucherin, bislang nicht. Ein rasche Suche, versichert sie, sei allerdings auch in ihrem Sinn: „Ich bin jetzt 40 Jahre alt. Ich möchte dieses Projekt vor der Rente abschließen. Und ich bin auch sicher, dass das realistisch ist.“

Abbildung:	Nur eine Lösung auf Zeit: Das Atommülllager Gorleben ist ein Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente und hoch radioaktive Abfälle.
Fotograf/-in:	Quelle: picture alliance/dpa
Abbildung:	„Gigantischer Aufwand“: Sönke Reiche, Abteilungsleiter Standortsuche bei der BGE, mit Proben der drei möglichen Wirtsgesteine Kristallingestein, Ton und Salz.
Fotograf/-in:	Quelle: Tim Schaarschmidt
Abbildung:	„Kritisiert werden wir sowieso“: Lisa Seidel, Leiterin der Standortsuche bei der Bundesgesellschaft für Endlagerung.
Fotograf/-in:	Quelle: Tim Schaarschmidt
Wörter:	1584

